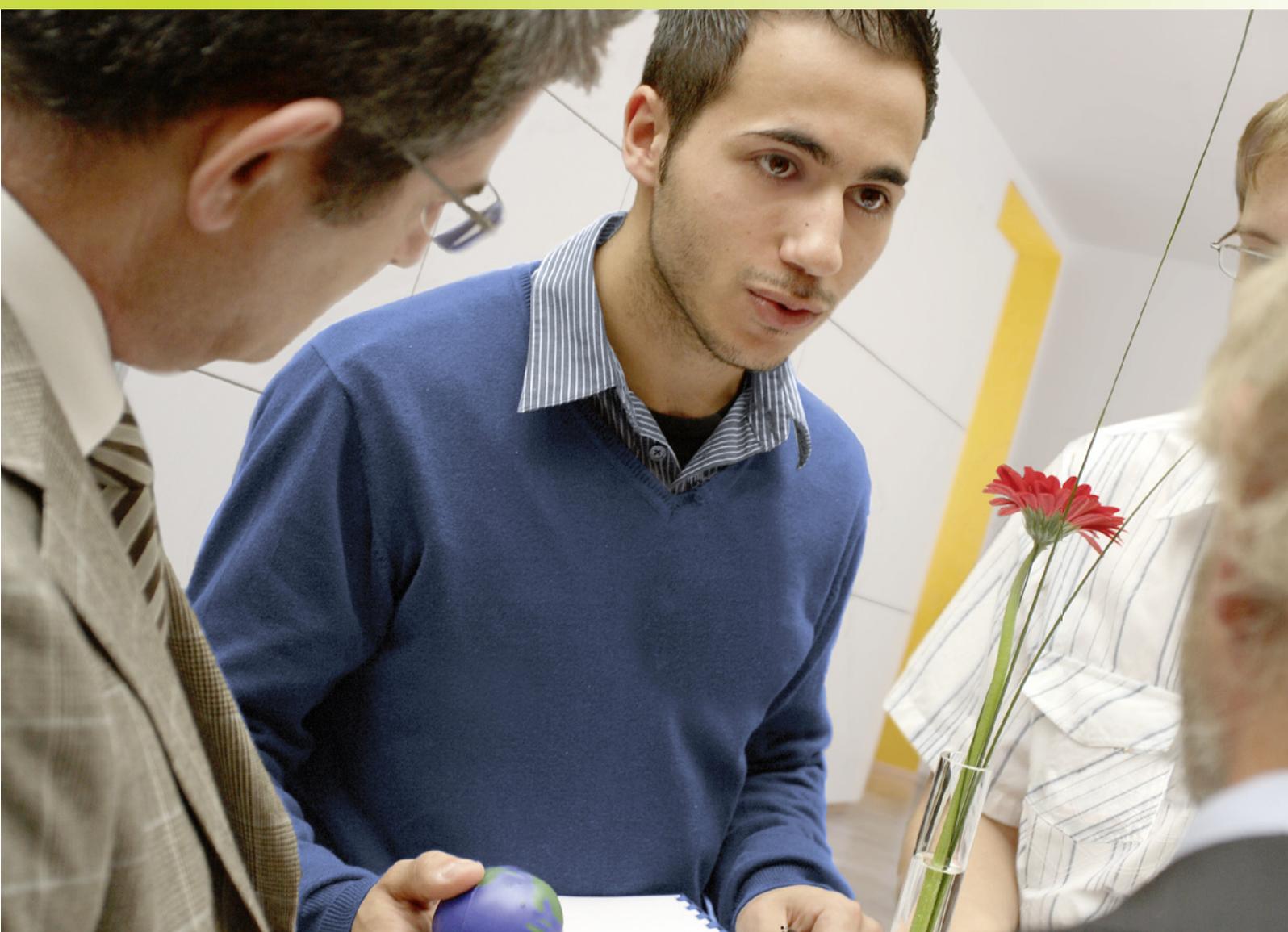


Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)



Das Mitmachheft

# Zivilgesellschaft gestalten!



Sekundarstufe 2

**Dirk Lange**

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)

Das Mitmachheft

# Zivilgesellschaft gestalten!

Sekundarstufe 2

**Dirk Lange**



# Inhalt

|  |           |
|--|-----------|
| <b>Einleitung</b>  | <b>6</b>  |
| <b>Zivilgesellschaft und Engagement</b>                                  | <b>9</b>  |
| <b>Materialien für Schülerinnen und Schüler</b>                          | <b>31</b> |
| <b>1. Wir erforschen die Zivilgesellschaft – Hinweise für Lehrkräfte</b> | <b>32</b> |
| Modul 1: Einführung – Zivilgesellschaft und Engagement                   | 34        |
| Modul 2: Handlungs- und Engagementfeld Schule                            | 37        |
| Modul 3: Handlungs- und Engagementfeld Kommune                           | 41        |
| Modul 4: Handlungs- und Engagementfeld globalisierte Welt                | 45        |
| Modul 5: Selbstreflexion   | 49        |
| <b>2. Wir engagieren uns für ... – Hinweise für Lehrkräfte</b>           | <b>54</b> |
| Modul 6: Wir engagieren uns für den Umweltschutz                         | 56        |
| Modul 7: Wir engagieren uns für unsere Schulgemeinschaft                 | 62        |
| Modul 8: Wir engagieren uns für ein Miteinander der Generationen         | 66        |
| Modul 9: Wir engagieren uns für Menschen in Not                          | 72        |
| Modul 10: Wir engagieren uns für Tiere                                   | 77        |
| Modul 11: Wir engagieren uns für ein Miteinander der Kulturen            | 81        |
| Modul 12: Wir engagieren uns für Gewaltfreiheit                          | 87        |
| Modul 13: Wir engagieren uns für unsere Rechte                           | 93        |
| <b>3. Arbeitshilfen auf einen Blick – Hinweise für Lehrkräfte</b>        | <b>98</b> |
| Arbeitshilfe 1: Projektmanagement  | 100       |
| Arbeitshilfe 2: Informationsbeschaffung und -strukturierung              | 102       |
| Arbeitshilfe 3: Wegweiser Internet                                       | 104       |
| Arbeitshilfe 4: Kontakt-Knigge   | 106       |
| Arbeitshilfe 5: Expertengespräch   | 108       |
| Arbeitshilfe 6: Moderationsleitfaden                                     | 109       |
| Arbeitshilfe 7: Öffentlichkeitsarbeit                                    | 110       |
| Arbeitshilfe 8: Präsentationstechniken                                   | 112       |
| Arbeitshilfe 9: Netzwerkarbeit   | 114       |
| Arbeitshilfe 10: Konzeption von Fragebögen und Durchführung von Umfragen | 116       |
| Arbeitshilfe 11: Lebensraumerforschung                                   | 118       |
| Arbeitshilfe 12: Lokal handeln – global bewegen                          | 120       |
| Arbeitshilfe 13: Projektberatung   | 122       |
| Arbeitshilfe 14: Projektevaluation                                       | 124       |

---

# Einleitung

---

Eine vitale und zukunftsfähige demokratische Gesellschaft braucht engagierte Bürgerinnen und Bürger. Demokratische Werthaltungen sowie die Bereitschaft, in zentralen Fragen Stellung zu beziehen und gesellschaftspolitische Verantwortung zu übernehmen, sind kein naturwüchsig gegebenes Gut. Jede Generation muss stets aufs Neue für Demokratie und zivilgesellschaftliches Engagement gewonnen werden. Kindern und Jugendlichen die Gestaltungs- und Mitwirkungsspielräume der Demokratie aufzuzeigen und sie dabei zu unterstützen, sich diese handelnd zu erschließen, muss daher ein zentrales Bildungsziel von Schulen sein.

Aktive Bürgerschaft ist dabei weit mehr, als vom passiven Wahlrecht Gebrauch zu machen oder sich für eine Partei einzusetzen. Sie erstreckt sich über ein weites Spektrum unterschiedlicher Formen, das die freiwillige Tätigkeit im Sportverein oder den tatkräftigen Einsatz für eine soziale Organisation ebenso einschließt wie die Unterstützung einer Bürgerinitiative. Schulen sollten ihren Schülerinnen und Schülern die Möglichkeiten bieten, sich mit dieser Vielfalt zivilgesellschaftlicher Mitwirkung auseinanderzusetzen. Denn wir wissen, dass die Fähigkeit und Bereitschaft, sich zu engagieren, in jungen Jahren entsteht und Bürgerbewusstsein voraussetzt. Die Vorstellungen über die politisch-gesellschaftliche Wirklichkeit sind entscheidend dafür, ob der Einzelne die Kompetenz entwickelt, sich in einer immer komplexer und unübersichtlicher werdenden Gesellschaft zu orientieren, Sachverhalte angemessen zu beurteilen und Entwicklungen zu beeinflussen.

Die Verankerung der Engagementförderung in Schulen greift auch Forderungen der aktuellen Bildungsdebatte auf. Nach der Veröffentlichung der ersten PISA-Ergebnisse im Jahr 2001 setzte in Deutschland ein Reformprozess ein, der sich zunächst auf die Reorganisation von Schulen, eine Intensivierung kognitiver Wissensvermittlung in Deutsch, Mathematik und den Naturwissenschaften sowie auf die Überprüfung von Lernzielen fokussierte. Aus dem Blick rückte, dass Bildung auf den ganzen Menschen zielt. In der Auseinandersetzung mit dieser Entwicklung findet gegenwärtig eine Rückbesinnung auf den klassischen Bildungsbegriff Humboldtscher Prägung statt. Es wird wieder anerkannt, dass Bildung mehr als Wissen ist und junge Menschen dabei unterstützen soll, Talente und Stärken zu entwickeln, um ihr Leben zu meistern. Dazu gehört auch, sie bei der Entfaltung politisch-demokratischer und sozialer Handlungskompetenzen zu begleiten.

Damit Schülerinnen und Schüler sich selbst als mitverantwortliche und handlungskompetente Mitglieder der Zivilgesellschaft begreifen, reicht es nicht aus, staatskundliches Wissen zu vermitteln. Die für das Ausfüllen einer aktiven Bürgerrolle benötigten Kompetenzen müssen zwar gelernt werden, können aber nicht in traditioneller Art gelehrt werden. Vielmehr ist es erforderlich, Kindern und Jugendlichen konkrete und positive Erfahrungen mit eigenem Engagement zu ermöglichen und sie gleichzeitig bei der Reflexion dieser Erfahrung zu unterstützen.

---

Durch das Lernen in lebensweltlichen Zusammenhängen steigen die Chancen für umfassende Bildungsprozesse. Beispielhaft gesagt: Die Schülerin und der Schüler, die sich freiwillig für alte Menschen engagieren, werden zugleich für politische Fragen des Zusammenlebens der Generationen in einer vom demographischen Wandel geprägten Gesellschaft sensibilisiert. Wer an einem Projekt zur Reduzierung des Energieverbrauches an seiner Schule teilnimmt, setzt sich gleichzeitig intensiv mit Fragen der Nachhaltigkeit auseinander. Die aktive Mitwirkung, Mitbestimmung und Verantwortungsübernahme in den verschiedensten Lebensbereichen unterstützt damit zugleich die Ausbildung eines reflektierten Bürgerbewusstseins und die Entwicklung von Fachkenntnissen.

Vor diesem Hintergrund möchte diese Publikation Lehrerinnen und Lehrern Hinweise geben, wie junge Menschen mithilfe der Schule Zugänge zum zivilgesellschaftlichen Engagement finden können. Ein Blick auf Schulgesetze, Richtlinien und Curricula zeigt, dass zahlreiche normative Anknüpfungspunkte gegeben sind: Vermittlung demokratischer Wert- und Ordnungsvorstellungen, Befähigung zum sozialen Handeln und zur politischen Beteiligung, Förderung einer mündigen und kritischen Bürgerschaft sind zentrale bildungspolitische Zielsetzungen, die Schulen einlösen sollen. Zwar unterscheiden sich die Formulierungen und die intendierte Reichweite in den gesetzlichen Bestimmungen, doch ist in allen Ländern die Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements normativ verankert.

Trotz dieser Vorgaben ist das Lernfeld didaktisch bislang erst unzureichend erschlossen. Diese Veröffentlichung möchte dazu beitragen, diese Lücke zu schließen. Unser Kernanliegen ist es, Schülerinnen und Schülern positive Erfahrungen mit Engagement zu ermöglichen. Die Materialien sind deshalb den Prinzipien der Schüler-, Lebenswelt-, Problem- und Handlungsorientierung verpflichtet. Sie beschränken sich nicht auf die Vermittlung von Wissen, sondern zielen explizit auf die Anleitung zu eigenem Handeln.

Wir hoffen, dass das Mitmachheft hilfreich für die Arbeit mit Ihren Schülerinnen und Schülern ist.



# Zivilgesellschaft und Engagement

Zivilgesellschaftliche Mitwirkung umfasst weit mehr als die Wahrnehmung des passiven Wahlrechtes oder die Unterstützung einer politischen Partei. Sie erstreckt sich über ein weites Spektrum unterschiedlicher Formen von Engagement: Das schließt die freiwillige Tätigkeit im Sportverein oder den tatkräftigen Einsatz für eine soziale Organisation ebenso ein wie die Unterstützung einer Bürgerinitiative, die auf die Durchsetzung eines Interesses abzielt, das ihre Mitglieder miteinander teilen.

Fest etabliert hat sich in diesem Zusammenhang die Rede von der Zivilgesellschaft. Eine zusammenfassende Definition liefert die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. Demnach beschreibt der Begriff der Zivilgesellschaft „(...) ein Gemeinwesen, in dem die Bürgerinnen und Bürger auf der Basis gesicherter Grundrechte und im Rahmen einer politisch verfassten Demokratie durch das Engagement in selbstorganisierten Vereinigungen und durch die Nutzung von Beteiligungsmöglichkeiten die Geschicke des Gemeinwesens wesentlich prägen können“ (Enquete-Kommission 2002: 24).

Das Konzept der Zivilgesellschaft geht ausdrücklich vom umfassenden Leitbild der Bürgerin und des Bürgers bzw. des aktiv an der Gestaltung des Gemeinwesens mitwirkenden Citoyen aus – nicht vom spezifisch funktionsbezogenen Bürokraten, Wirtschaftsakteur oder Familienmitglied (Adloff 2005: 150 ff.). Zivilgesellschaftliches bzw. bürgerschaftliches<sup>1</sup> Engagement erfolgt demnach in einem eigenständigen „Raum gesellschaftlicher Selbstorganisation zwischen Staat, Marktunternehmen und dem privaten Bereich der Familie“ (Birkhölzer et al. 2005: 12). Das Engagement der Bürgerinnen und Bürger findet als freiwilliges soziales Handeln in vielfältigen Organisationsformen und Handlungsfeldern statt und ermöglicht eine Verknüpfung von individuellem und gesellschaftlichem Nutzen (Enquete-Kommission 2002: 73 ff.).

## Engagement...

- ist freiwillig und gemeinwohlorientiert.
- ist nicht auf materiellen Gewinn gerichtet.
- umfasst Mitentscheiden und Mithandeln.
- findet im öffentlichen Raum statt.
- wird in der Regel gemeinschaftlich ausgeübt.
- verfolgt einen Eigensinn und dient auch der Realisierung eigener Ideen.
- greift gesellschaftliche Anliegen auf und macht sich zu deren Anwalt.
- beinhaltet Kritik- und Innovationspotenzial.

Zwar wird Zivilgesellschaft in diesem Zusammenhang als „Sphäre gesellschaftlicher Selbstorganisation“ umrissen, doch ist dies nicht dahingehend zu verstehen, dass zentrale Aufgaben des demokratischen Staates uneingeschränkt in die Eigenverantwortung der Bürger überführt werden sollen. Es geht nicht darum, eine Verschlankung des Staates und eine Privatisierung seiner Kernaufgaben zu propagieren. Vielmehr ist der Appell zu zivilgesellschaftlicher Selbstbestimmung so zu verstehen, dass Stabilität und Qualität eines demokratischen Gemeinwesens maßgeblich davon abhängen, ob Demokratie von innen heraus gelebt wird (Koopmann 2009). Entscheidend sind Grad und Vielfalt des Engagements der Bürgerinnen und Bürger in und für die Zivilgesellschaft. Ausgeprägtes zivilgesellschaftliches Engagement schafft die Grundlage für eine vitale Demokratie, deren Bürgerinnen und Bürger gegenseitige Verantwortung verbindet.

<sup>1</sup> Die Begriffe „Zivilgesellschaft“ und „Bürgergesellschaft“ werden im Rahmen dieses Heftes synonym verwendet.

## Die Zivilgesellschaft in Deutschland: eine Bestandsaufnahme

Daten für die derzeitige Situation im zivilgesellschaftlichen Engagement liefert neben Vereinsstatistiken insbesondere der Freiwilligensurvey des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ 2010), der seit 1999 alle fünf Jahre durchgeführt wird. Vergleicht man die drei Erhebungen, lässt sich feststellen, dass beide Geschlechter über alle Altersgruppen hinweg 2004 eine höhere Bereitschaft zum Engagement äußerten. Dieser Wert bleibt im Jahr 2009 stabil. Die folgenden Zahlen beleuchten den Entwicklungsstand der Zivilgesellschaft in Deutschland (Stand 2008): Der gemeinnützige Sektor setzt sich zusammen aus 554.000 eingetragenen Vereinen, 16.406 Stiftungen und 237 Bürgerstiftungen (BMFSFJ 2009: 69, 72, 75). Zwar geht die Zahl der Aktiven in klassischen Vereinen und Verbänden zurück; in Bürgerstiftungen und Initiativgruppen ist aber ein starker Zulauf zu beobachten (Backhaus-Maul, Nährlich und Speth 2009).

### Zivilgesellschaftliche Organisationen

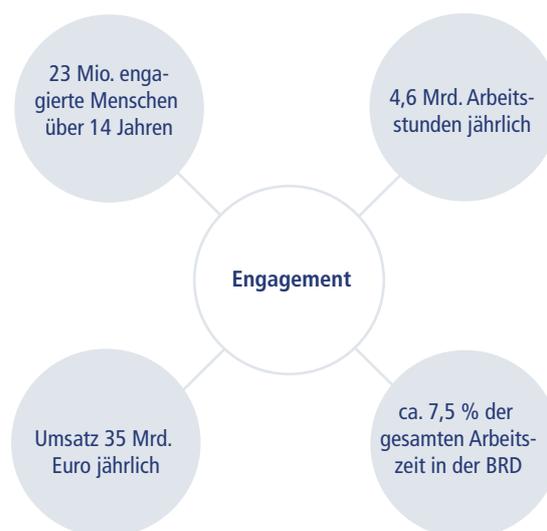


Quelle: Eigene Darstellung

Rund 23 Mio. Menschen über 14 Jahren – das ist ein Drittel der Gesamtbevölkerung dieses Alters – finden in den unterschiedlichen Organisationen und freien Gruppen Gelegenheit, sich freiwillig und unentgeltlich zu engagieren (BMFSFJ 2010). Sie bringen dabei etwa 4,6 Mrd. Arbeitsstunden jährlich; das sind ca.

7,5 Prozent der gesamten Arbeitszeit in Deutschland (Prognos und Generali Deutschland 2009: 13). Erwirtschaftet wird in der Zivilgesellschaft mit 35 Mrd. Euro jährlich mehr als im Gastgewerbe, dessen Umsatz bei 33 Mrd. Euro im Jahr liegt (ebd.: 14).

### Wirtschaftliche Bedeutung des Engagements



Quelle: Eigene Darstellung

Diese Fakten belegen, dass die Zivilgesellschaft auch aus volkswirtschaftlicher Sicht bedeutsam ist. Durch das zivilgesellschaftliche Engagement werden – in ihrer Summe und Vielfalt für die Gesamtgesellschaft beeindruckende – Beiträge zur Aufgaben- und Problembewältigung im gesellschaftlichen und politischen Kontext geleistet. Aus gesellschaftspolitischer Perspektive reicht die Bedeutung der Zivilgesellschaft freilich weit darüber hinaus. So bildet das freiwillige Engagement von Bürgerinnen und Bürgern den Schlüssel zu individuell erweiterter (also weit über den Wahlakt in der repräsentativen Demokratie hinausgehender) Partizipation und ist damit zentral für eine Demokratie.

Im Hinblick auf die junge Generation ist diese Komponente besonders wichtig, wird doch immer wieder beklagt, dass Jugendliche heute wesentlich unpolitischer seien als frühere Generationen. Einschlägige Jugendstudien geben Hinweise auf diese Entwicklung.

### Jugendliche, die sich als politisch interessiert bezeichnen



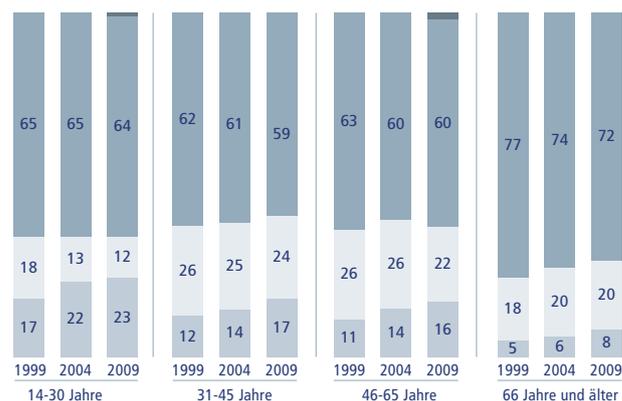
Basierend auf den Ergebnissen der 10. bis 16. Shell-Jugendstudie  
Quelle: Shell Deutschland Holding 2010: 131

Sie zeigen eine deutliche Skepsis der Jugendlichen gegenüber dem etablierten politischen System, weil es die aus ihrer Perspektive drängenden Probleme, etwa das ungerechte Bildungssystem oder die unsicheren Zukunftsaussichten auf dem Arbeitsmarkt, nicht zu lösen vermag. Die Schlussfolgerungen, die gemeinhin aus dieser Datenlage gezogen werden, müssen aber hinterfragt werden. So wird in medialen Diskursen schnell das Bild einer Generation gemalt, die immer weniger bereit sei, sich zu engagieren. Die Jugend wird heute oft als eine auf sich selbst bezogene und egoistische Gruppe dargestellt, die sich weniger einbringe als ältere „Generationen“.

Statistische Daten aus dem Freiwilligenurvey 2004 belegen allerdings das Gegenteil: So kann gezeigt werden, dass Jugendliche und junge Erwachsene zwar dem politischen System distanziert gegenüberstehen, dafür aber eine besonders engagierte Bevölkerungsgruppe sind. Bemerkenswert ist dabei vor allem, dass zusätzlich zu den 35 Prozent der befragten Schülerinnen, Schüler, Auszubildenden und Studierenden, die sich bereits engagieren, weitere 49 Prozent die Bereitschaft dazu äußern (BMFSFJ 2010: 151). Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass sich neben diesem „externen“ Engagementpotenzial – also der Engagementbereitschaft bisher nicht Engagierter – zusätzlich ein ausgeprägtes „internes“ Engagementpotenzial nachweisen lässt: 23 Prozent der befragten Jugendlichen äußern die grundsätzliche Bereitschaft zur Ausweitung ihres Engagements. Damit stehen ins-

gesamt 72 Prozent der befragten Schülerinnen, Schüler, Auszubildenden und Studierenden einer Aufnahme bzw. einer Ausweitung freiwilligen Engagements positiv gegenüber (ebd.: 109).

### Bereitschaft Engagierter zur Ausdehnung des Engagements



Engagierte ab 14 Jahren, Angaben in Prozent

■ nicht engagiert ■ nicht möglich ■ Ausdehnung möglich ■ kann man nicht sagen / kommt drauf an

Quelle: nach BMFSFJ 2010: 109

Gerade Jugendliche zeigen also große Bereitschaft, aktiv an der Zivilgesellschaft teilzuhaben. Für diese Altersgruppe sind selbstorganisierte Engagementformen von ganz besonderer Bedeutung: Gaben 1999 noch 18 Prozent der befragten Schülerinnen und Schüler an, in Projekten, Initiativen und anderen selbstorganisierten Gruppen aktiv zu sein, waren es 2004 bereits 32 Prozent (BMFSFJ 2009: 40).

## Was bringt Engagement unserer Gesellschaft?

„Ob sportliches, soziales oder kulturelles Engagement – ohne die vielen Institutionen und die Menschen, die dort aktiv sind, wäre unser Land sehr viel ärmer, und zwar nicht nur finanziell. (...) Der vielleicht wichtigste Grund, warum es sich lohnt, das Ehrenamt zu fördern, ist seine Bedeutung für unser Gemeinwesen. Ehrenamtliches Engagement ist gelebter Gemeinsinn, das bedeutet, nicht nur an sich selbst zu denken, sondern auch für seine Mitmenschen aktiv zu werden. (...) Hier zeigt sich, warum ehrenamtliches Engagement wirklich so etwas ist wie der Kitt unserer Gesellschaft.“

Brigitte Zypries, Bundesministerin der Justiz 2002 – 2009

Der Wert des freiwilligen Engagements für unsere Gesellschaft lässt sich kaum überschätzen: Ohne den Einsatz engagierter Menschen wären viele Bereiche des gesellschaftlichen Lebens wesentlich weniger vielfältig. So ist das lokale Kulturangebot oft direkter Ausdruck freiwilligen Engagements. Auch lebensnotwendige Dienstleistungen wie Feuerwehr und Rettungsdienste sind vielerorts auf Freiwillige angewiesen. Und nicht nur die Lebensfähigkeit von Kirchengemeinden hängt von Engagierten ab, sondern auch viele institutionalisierte Formen der Interessenvertretung wie Kommunalparlamente und Handelskammern basieren auf freiwilligem Engagement (Backhaus-Maul, Nährlich und Speth 2009).

Engagement hat zugleich einen entscheidenden Anteil daran, wie unsere Gesellschaft aktuelle Probleme angeht. Es erweist sich mitunter als deutlich innovativer als staatliche Organisationen. Umweltgruppen nehmen Einfluss auf die Klimadebatte oder setzen sich für einen wirksameren Naturschutz ein. Menschenrechts- und Friedensinitiativen bemühen sich auf globaler Ebene um mehr Gerechtigkeit und ein menschlicheres Zusammenleben. Soziale Bewegungen machen auf vernachlässigte Themen und gesellschaftliche Bedarfe aufmerksam (BMFSFJ 2009: 14 f.). In der jüngeren Vergangenheit wurden gerade durch solche Initiativen, die in der Gesellschaft entstanden sind – die Bürgerrechtsbewegung, die Anti-Atomkraft- oder die Frauenbewegung –, wichtige gesellschaftliche Veränderungen angestoßen (Gaiser und Rijke 2009: 4).



Freiwilliges Engagement in der Zivilgesellschaft enthält also – selbst wenn es sich primär um soziales Engagement handelt – stets auch eine politische Komponente, die sowohl auf aktuelle politische Mitbestimmungsprozesse abzielt als auch auf die Zukunftsperspektive einer Gesellschaft mit mehr Beteiligung. Es sind besonders die Varianten der aktiven Mitwirkung, Mitbestimmung und Verantwortungsübernahme in den verschiedensten Lebensbereichen des Gemeinwesens, die das Bürgerbewusstsein der bzw. des Einzelnen stärken (Bertelsmann Stiftung 2005: 7). Das Bürgerbewusstsein bezeichnet die mentalen Vorstellungen über die politisch-gesellschaftliche Wirklichkeit (Lange 2008). Es ermöglicht dem Individuum, sich in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu orientieren und dort vorgefundene Phänomene zu beurteilen sowie handelnd zu beeinflussen.

Eine funktionierende Zivilgesellschaft basiert auf einem entwickelten Bürgerbewusstsein, das den Einzelnen differenzierte Deutungsperspektiven und zielführende Mitwirkungsoptionen eröffnet. Über eine Vielfalt an Mitentscheidungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten wird aber nicht nur der bzw. die Einzelne gestärkt, sondern auch der Zusammenhalt in der Gesellschaft (BMFSFJ 2009: 15). Gerade Letzteres ist im Zuge der verstärkten Individualisierung, die als Folge von Modernisierungsprozessen unsere Gesellschaft prägt, ein entscheidender Gegenpol, um wegfallende Bindungen im familiären Kontext zu kompensieren (ebd.: 17).

### Zivilgesellschaftliches Engagement

- ... stärkt das Bürgerbewusstsein und den Willen zur Mitgestaltung.
- ... eröffnet Möglichkeiten zum Mitreden, Mitentscheiden und Mitgestalten.
- ... hat einen positiven Einfluss auf Werthaltungen und moralische Grundsätze.
- ... fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt.
- ... sichert soziale und kulturelle Angebote.
- ... stützt demokratische Strukturen.
- ... gibt Anstöße für gesellschaftliche Veränderungen.

Für die Generation Ihrer Schülerinnen und Schüler ist besonders hervorzuheben, dass Engagement Politikinteresse und demokratische Werte stärkt. Es ist nachgewiesen worden, dass engagierte Jugendliche später häufiger politisch aktiv sind, sich gemeinnützig betätigen und Verantwortung für unsere Gesellschaft übernehmen (Yates und Youniss 1996; Youniss et al. 1999). Laut einer neueren Studie von Reinders stärkt das Engagement in der Jugendphase und die damit verbundene Erfahrung, aus eigener Kraft schwierige Situationen meistern zu können, sowohl das Interesse an aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen als auch die Bereitschaft, sich als Erwachsene sozial zu engagieren. Reinders befragte hierzu knapp 500 Jugendliche im Alter von zwölf bis 20 Jahren, von denen die eine Hälfte bei den Pfadfindern organisiert, die andere Hälfte hingegen nicht engagiert war. Die Ergebnisse zeigen, dass Engagement dabei hilft, aus jungen Menschen mündige Bürgerinnen und Bürger werden zu lassen. Sie entwickeln politischen Gestaltungswillen sowie die Fähigkeiten, den eigenen Standpunkt zu relativieren und sich für Benachteiligte einzusetzen (Reinders 2009). Belegt werden konnte darüber hinaus, dass Jugendliche, die gemeinnützig aktiv sind, in ihrer moralischen Urteilsfähigkeit gestärkt werden (Yates und Youniss 1996) sowie Toleranz im Umgang mit anderen Meinungen und ethnischer Vielfalt entwickeln (Hunter und Brisbin 2000).

Yates und Youniss betonen, dass Engagement jungen Menschen dabei helfen kann, wichtige Entwicklungsaufgaben zu meistern. So führe soziales Engagement zunächst meist dazu, dass Jugendliche durch den Kontakt mit hilfsbedürftigen Menschen ihre Stereotype gegenüber diesen Gruppen abbauen. Die Heranwachsenden fangen an, ihre Situation mit der Lebenswelt der „fremden Anderen“ zu vergleichen und nehmen dabei ihre zumeist relativ privilegierte Position wahr. Auf diesem Weg entwickeln sie ein Bewusstsein für ihre soziale Verantwortung gegenüber anderen und für die gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen sie leben. Dadurch werden die Jugendlichen angeregt, über gesellschaftliche Missstände und ihre Ursachen nachzudenken (Yates und Youniss 1997).



|                | Anna, 15 Jahre, Realschülerin in Reutlingen, berichtet:   | Stufenkonzept politisch gesellschaftlicher Sozialisation*                             |
|----------------|---|---|
| <b>Start</b>   | „Ich schaff das doch nicht.“  |   |
| <b>Stufe 1</b> | „Behinderte sind Menschen mit individuellen Wünschen und auch Sorgen.“  | Überprüfung eigener Stereotype  |
| <b>Stufe 2</b> | „Beim Einkaufen mit Tina und Klaus ist mir aufgefallen, wie sie angegafft werden, nur weil sie behindert sind.“ | Erkennen der eigenen privilegierten Position und Nachdenken über soziale Gefährdungen |
| <b>Stufe 3</b> | „Unsere Gesellschaft müsste viel mehr für Behinderte tun.“  | Reflexion gesellschaftlicher Strukturen und möglicher Lösungsansätze                  |

\*(nach Erikson 1970, weiterentwickelt von Yates und Youniss 1997)

Die große Bedeutung des zivilgesellschaftlichen Engagements wird auch in der Politik mehr und mehr erkannt. So wurden in den letzten Jahren auf Bundes- wie auch auf Landesebene zahlreiche Initiativen angestoßen, die helfen sollen, das Engagement der Bürgerinnen und Bürger zu sichern und es attraktiver für bisher Nicht-Aktive zu machen (BMFSFJ 2009: 13). Neben der Einrichtung von Förder-Netzwerken auf Länderebene und der Ernennung eines Beauftragten für Zivilengagement auf Bundesebene (ebd.: 152) wurden auch Rahmenbedingungen durch Gesetze verändert: Besonders relevant für junge Engagierte sind hier die Verbesserungen bei den Jugendfreiwilligendiensten sowie dem Unfall- und Haftpflichtschutz (ebd.: 148 f.).

## Warum Engagementförderung in der Schule?

„Erziehung für die Demokratie ist eine zentrale Aufgabe für Schule und Jugendbildung – Demokratie und demokratisches Handeln können und müssen gelernt werden. (...)“

Die Schule selbst muss Handlungsfeld gelebter Demokratie sein, in dem die Würde des jeweils Anderen großgeschrieben, Toleranz gegenüber anderen Menschen und Meinungen geübt, für Zivilcourage eingetreten wird, Regeln eingehalten und Konflikte gewaltfrei gelöst werden.

Demokratieerziehung ist Aufgabe aller Fächer. In jedem Fach wie auch außerhalb des Unterrichts geht es darum, die Verantwortungsübernahme durch Schülerinnen und Schüler sowohl zu fordern als auch zu fördern und sie damit zugleich beim Aufbau persönlicher und sozialer Kompetenz zu unterstützen.“

Auszug aus der Erklärung der Kultusministerkonferenz zur „Stärkung der Demokratieerziehung“ vom 6. März 2009

Die Erziehung zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern, die für die demokratische Gemeinschaft aktiv Verantwortung übernehmen, ist seit der Verabschiedung des Grundgesetzes expliziter Bildungsauftrag der Schule. Individuelle Mündigkeit meint die Kompetenz, reflektiert, verantwortungsvoll und selbstbestimmt im politisch-gesellschaftlichen Raum agieren und die vorgefundene Wirklichkeit handelnd beeinflussen zu können. Sie kann nicht durch eine einfache Übernahme bestimmter Denk- und Handlungsmuster erworben werden. Das heißt, es reicht nicht aus, den Schülerinnen und Schülern theoretisch das Wissen über demokratische Systeme zu vermitteln. Denn Mündigkeit kann nur vom Individuum selbst entwickelt werden. Daraus folgt, dass Schule sich

sowohl als Bildungsstätte demokratisch-bürgerschaftlichen Denkens als auch als Übungsstätte demokratisch-bürgerschaftlichen Handelns begreifen muss. So ist es denn auch bundesweiter Konsens in der Bildungspolitik, dass Schulen ihre Schülerinnen und Schüler zur Beteiligung an gesellschaftlichen Angelegenheiten befähigen sollen (Koopmann 2007a).

Demokratie bezieht sich dabei immer auf drei Ebenen: die partnerschaftliche Interaktion mit anderen (Demokratie als Lebensform), die Entwicklung eines Verständnisses der Funktionsweisen unserer Gesellschaft als Zusammenspiel von Staat, Wirtschaft und gemeinnützigen Akteuren (Demokratie als Gesellschaftsform) und politische Handlungskompetenz im demokratischen Gemeinwesen (Demokratie als Herrschaftsform) (Himmelfmann 2001). Da niemand als Demokrat geboren wird, muss es also darum gehen, jungen Menschen Ressourcen und Unterstützung zu bieten, die ihnen helfen, ihre Zukunft auch bezüglich ihrer Rolle als Bürgerin und Bürger zu meistern (Münchmeier 2008). Dazu reicht es nicht aus, Wissen über politische Mitwirkung zu vermitteln; vielmehr ist es erforderlich, ihnen auch Möglichkeiten zur Erprobung von demokratischem Verhalten in realen Situationen zu bieten, denn demokratisches Handeln erfordert gesellschaftskundliches, politisches Wissen und auch entsprechende Fertigkeiten (Dudley und Gitelson 2002). Eine der zentralen Zielsetzungen schulischer Bildung in demokratischen und freiheitlichen Gesellschaften besteht deshalb darin, solche Bereitschaften und Kompetenzen den heranwachsenden Generationen zu vermitteln bzw. deren Herausbildung und Erprobung unter pädagogischer Begleitung zu ermöglichen.



Es ist nicht hinreichend, Kindern und Jugendlichen nur im Rahmen des Schulalltags Mitwirkungsmöglichkeiten einzuräumen. Denn Schulen können zwar auch als demokratische Systeme verstanden werden; dennoch unterscheiden sie sich strukturell von der politischen Landschaft. Das heißt, nur weil Schülerinnen und Schüler innerhalb der Schule demokratisch in Entscheidungsprozesse einbezogen werden, sind sie nicht automatisch gerüstet und motiviert, in politischen Prozessen mitzuwirken. Die Annahme, dass der Erwerb von Wissen über das demokratische System im Politikunterricht oder die Beteiligung im Schulalltag (z. B. in der Schülervertretung) ausreichen, um Kinder und Jugendliche auf das Leben außerhalb des pädagogischen Kontexts vorzubereiten, wurde mittlerweile durch empirische Untersuchungen als Transfer(irr)glaube erkannt (Biedermann 2006: 187). Folglich muss es um Engagement auch außerhalb des Schulgebäudes gehen; der Einbezug der Kommune wird damit unerlässlich. Sie ist der Ort, an dem die Schülerinnen und Schüler ihre Engagementserfahrungen sammeln können.

Ein Blick auf die schulischen Vorgaben, Richtlinien und Curricula in den einzelnen Bundesländern zeigt, dass Engagementförderung als Methode der Vermittlung solcher Kompetenzen durchweg als Anspruch und Soll-Vorgabe im sozialen bzw. politischen Lernfeld des allgemeinbildenden Schulwesens verankert ist (Koopmann 2007a: 125 ff.). Allerdings gibt es hinsichtlich der Zielsetzung der Engagementförderung ausgeprägte Differenzen zwischen den Bundesländern: Das Spektrum reicht hier von einer allgemeinen Akzeptanz der gegebenen politischen Ordnung bis hin zur aktiven, selbstbestimmten politischen Partizipation.

### Engagementförderung ist Aufgabe der Schule, weil...

- ... die Erziehung zur Mündigkeit zentraler Bildungsauftrag ist.
- ... demokratisches Verhalten nur durch eigenes Handeln gelernt werden kann.
- ... in der Schule engagementferne junge Menschen erreicht und gefördert werden können.
- ... Engagementthemen jedes Unterrichtsfach bereichern.
- ... engagementrelevante Ziel- und Kompetenzansprüche in den Curricula aller Bundesländer in unterschiedlichem Umfang festgeschrieben sind.



Der beschriebene normative Anspruch wird in Schulen bislang meist fachbezogen im Politik- oder Sozialkundeunterricht umgesetzt. Mit dieser Handreichung möchten wir aufzeigen, wie die Förderung von Engagement ein Teil des Unterrichts auch in anderen Fächern werden und welche Bereicherung sie für verschiedene Themen bedeuten kann. Hier bewegen wir uns im Einklang mit neueren Erkenntnissen aus der Hirnforschung, die Handeln als elementare Grundlage des Lernens bestätigen: Nur wer handelt, lernt dauerhaft (Sliwka 2004: 7 f.). Die Initiierung von Engagementprojekten kann dabei helfen, Handlungsorientierung als natürlichen Bestandteil des Unterrichts zu etablieren.

Engagement von jungen Menschen entsteht nicht von allein. Vielmehr bedarf es der Förderung. Diese erfolgt in Deutschland bislang traditionell durch die Familien der Kinder und Jugendlichen: Eltern, Geschwister und andere Verwandte leben Teilhabe an der Gesellschaft vor. Das ist richtig und wichtig. Allerdings lässt sich in Bezug auf das Engagement ein ähnlicher Trend beobachten wie im deutschen Schulsystem: Bildungsferne junge Menschen sind auch im freiwilligen Engagement unterrepräsentiert. Den Satz bitte ersetzen durch: Mit 47 Prozent sind bedeutend mehr Gymnasiasten aktiv als Haupt-, Real- bzw. Mittelschüler (27 Prozent) (BMFSFJ 2010: 150). Bildungsferne Kinder und Jugendliche haben also auch außerhalb der formalen Bildungsinstitutionen weniger Möglichkeiten der Teilhabe an gesellschaftlichen Aktivitäten und Lernfeldern.

Über die Schule lassen sich durch ihre Funktion als primäre Bildungsinstitution alle sozialen Schichten erreichen. Dies ist beispielsweise bei den klassischen Engagement-Akteuren, den Vereinen und Verbänden, nicht gegeben, da sie häufig hohe Eintrittsschwellen haben, etwa in Form von Mitgliedsbeiträgen oder sozialen Ausschlusskriterien. Daher bedeutet Förderung von Engagement in der Schule, die Zugangsgerechtigkeit sicherzustellen. Eine systematische Förderung sollte dabei passgenau die Inhalte aufgreifen, an denen die jungen Menschen interessiert sind (Olk und Roth 2007; Reinders 2009).